



**Landtag
aktuell**

Kiel, 11.05.00

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

Fritz Wodarz zu TOP 7:

Änderung Landesplanungsgesetz

Die SPD-Fraktion begrüßt die Initiative der kommunalen Landesverbände. Wir freuen uns, dass es der kommunalen Familie erstmals gelungen ist, zu einer gemeinsamen Position zu finden und diese auch zu formulieren.

Die SPD-Fraktion unterstützt die Absicht, Planungsaufgaben möglichst zu kommunalisieren, auch um den regionalen Akteuren die Möglichkeit einer stärkeren Identifizierung mit Planungsvorstellungen zu geben.

Wenn die CDU die Initiative der Kommunen einfach abschreibt und als ihren Antrag ausgibt, nennt man das „Plagiat“.

Ich habe eingangs unsere positive Grundeinstellung beschrieben, wir werden dennoch eine Reihe von Gesprächen führen und Abstimmungen herstellen, denn uns ist schon signalisiert worden, dass es sich um ein Eckwertepapier handelt, das bestenfalls den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellt.

Auf den Text bezogen haben wir schon jetzt 2 Punkte, die einer intensiven Diskussion bedürfen:

1. Die „Planungsgemeinschaften“ in § 6, 3 ist kein Rechtssubjekt, eine derartige Verwaltungsgemeinschaft kann z. B. nicht verklagt werden. Es böte sich zwar eine Zweckverbandslösung an, doch stünden dann zusätzliche Kosten von rund 1 Mio. DM pro Planungsraum an. Wer soll - will das bezahlen.
2. Die „regionalen Planungsräte“ in § 6 a sehen wir nicht eindeutig demokratisch legitimiert, und ich bin sicher, dass sich die kleinen Kommunen bei der jetzigen Formulierung kaum „angemessen“ vertreten sehen. Somit ist auch das 2/3 Quorum in Frage zu stellen.

Die SPD-Fraktion befindet sich in der Frage der Kommunalisierung von Planungsaufgaben seit längerem im Gespräch mit den Kommunen.

Abgesehen von der Notwendigkeit der Anpassung des Landesplanungsgesetzes an das novellierte Raumordnungsgesetz des Bundes will auch die SPD eine Stärkung kommunaler Instrumente und wir setzen grundsätzlich auf interkommunale Kooperation auf möglichst vielen Planungsebenen.

Wir sollten in diesem Zusammenhang auch über die Möglichkeiten diskutieren, Planungsaufgaben zu reduzieren oder sogar Planungsebenen wegfallen zu lassen.

Diese Komplexität der Aufgabenstellung umfasst der vorliegende Antrag nicht. Wir sehen ihn aber als vernünftige Diskussionsgrundlage an, auf der wir in den Ausschussberatungen aufbauen können.